



# FRIEDENSGUTACHTEN 2003

Bonn International Center for Conversion (BICC)  
Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)  
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)  
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik  
an der Universität Hamburg (IFSH)  
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

herausgegeben von  
Corinna Hauswedell, Christoph Weller,  
Ulrich Ratsch, Reinhard Mutz und Bruno Schoch

---

LIT

## 1.2. Vom “Gleichgewicht des Schreckens” zur “schrecklichen Ungleichheit” – Die Asymmetrien der Weltordnung vertragen keine Militarisierung

Die Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskrieges gegen den Irak war Ausdruck und Resultat einer Militarisierung von Politik, die gegen den schwindenden Horizont des Kalten Krieges auch als Remilitarisierung gesehen werden kann. Aber die Geschichte wiederholt sich nicht, was nicht heißt, dass man nicht aus ihr lernen kann. Die internationalen und innergesellschaftlichen Dimensionen dieser Militarisierung weisen in eine neue Zeit asymmetrischer Machtverhältnisse, zu denen ein von den Fesseln des Ost-West-Konfliktes in mehrfacher Hinsicht befreiter Umgang mit militärgestützter Politik gehört. Ein von manchen Kommentatoren gezogener Vergleich zwischen der Ära Ronald Reagans und der bisherigen Regierungspolitik von George Bush jr. ist aufschlussreich hinsichtlich des Umgangs mit militärischer Macht; er sollte sich nicht nur auf die Höhe der Rüstungsausgaben, die Art der Rüstungsprogramme oder auf die martialische Rhetorik der beiden US-Administrationen beschränken. Die Analyse muss Bezug nehmen auf die großen Umbrüche, die sich im vergangenen Jahrzehnt im Gefüge der internationalen Akteure – und zum Teil hinter deren Rücken – vollzogen haben.

### Die neue Zeit

Der 11. September 2001 und der anschließende Kampf gegen den Terrorismus haben jene tiefer gehenden Veränderungen in den internationalen Beziehungen offenbart, die aus den widersprüchlichen neunziger Jahren – mit ihren Hoffnungen und realen Chancen für Abrüstung und Friedensdividenden einerseits und der Manifestierung globalisierter, militärgestützter Interessen- und Machtpolitik andererseits – hervorgegangen sind. Konfrontative Muster scheinen vielerorts die Oberhand gegenüber kooperativen Konfliktlösungen zu gewinnen. Prävention, noch vor kurzem ein Begriff mit Konjunktur für zivile Konfliktfrühbehandlung, hat auch eine militärische Konnotation erhalten. Nicht nur die einzig verbliebene Großmacht USA setzt – und das nicht erst seit der Vorlage der *National Security Strategy* (NSS) im September 2002 – verstärkt auf die Drohung mit und den Einsatz von militärischen Machtmitteln. Militärisch gut gerüstete Gewaltakteure in staatlichem und nichtstaatlichem Auftrag prägen seit Jahren das Konfliktgeschehen in deutlich mehr Teilen der Welt als am Ende des Kalten Krieges. An die Stelle einer aus gegenseitig gesicherter Zerstörung (MAD) erwachsenen Machtbalance, dem “Gleichgewicht des Schreckens”, das auf der militärischen Abschreckung eines nahezu gleichstarken Gegners beruhte, ist ein globales Netz asymmetrischer Ost-West-Nord-Süd-Beziehungen mit einem mächtigen Pol in den USA getreten. Dieses Netz ist durch Zonen objektiv unterschiedlicher Sicherheit und subjektiv unterschiedlich beurteilter Bedrohungen, durch eine “schreckliche Ungleichheit”, geprägt und hat schließlich auch für die Supermacht das Ende der Illusion der Unverwundbarkeit gebracht.

Die neuen Muster in den internationalen Beziehungen korrespondieren mit Prozessen im Inneren vieler Gesellschaften, in denen das Militär oder paramilitärische Struk-

turen zu einer akuten Bedrohung für das zivile Leben vieler Menschen geworden sind. Zu den Phänomenen vorwiegend innergesellschaftlich ausgetragener Konflikte in Afrika, Asien und Lateinamerika (vgl. Beiträge 4.2., 5.3., 6.1.), die auf den Begriff "neue Kriege" (Mary Kaldor, Herfried Münkler) gebracht werden, gehören die Privatisierung und Kommerzialisierung militärischer Gewalt durch sog. *Warlords* oder Söldnerfirmen zum Zwecke der Ressourcensicherung und ökonomischen Bereicherung sowie die Geiselnahme großer Teile der Zivilbevölkerung einer Konfliktregion, z.B. durch die Rekrutierung von Kindersoldaten, durch Vertreibung und Vernichtung. Auch nach erzielten Friedensabkommen, die in der Regel keine klassischen "Friedensschlüsse" mehr sind, sondern länger währende Friedensprozesse initiieren, erleben wir häufig eine Fortsetzung der Gewalt in Form eines Kalten Friedens. Je weniger eindeutig die Grenzen zwischen Krieg und Frieden werden, desto dringlicher erscheint eine neue Befassung mit der Rolle und Kontrolle des Militärs bzw. militärischer Gewaltanwendung.

Die Ausrufung eines nahezu klassischen Staatenkrieges in dieser Situation stellte den "neuen Kriegen" unversehens einen "alten Krieg" in neuer Gestalt zur Seite: Anders als am Golf 1991 oder in Afghanistan im Jahre 2001 bedeutete die Kriegsvorbereitung der USA gegen den Irak die ausdrückliche Rehabilitierung des militärischen Faktors in der zwischenstaatlichen Politik ohne völkerrechtliche Legitimation. Die erschreckenden Risse, die dieser Vorgang in der Staatengemeinschaft und ihren Institutionen verursacht hat, haben ebenso wie der überraschend breite öffentliche Protest in vielen Ländern auf die Tiefe des Tabubruchs verwiesen. Diese Erschütterungen, die tiefer gehende Differenzen auch innerhalb der transatlantischen Werte- und Militärgemeinschaft signalisieren, sind Anlass genug, nicht voreilig zur Nachkriegstagesordnung überzugehen. Jenseits einer eher instinktiven Antikriegsemphase, die zunächst die deutsche Außenpolitik in der Irakdebatte prägte, wird eine neue internationale Anstrengung erforderlich sein: In den vor uns liegenden Jahren, die absehbar von großen Konfliktpotentialen und internationalen Asymmetrien geprägt sein werden, müssen Wege gesucht werden, um den militärischen Faktor zu zähmen und eine Neubestimmung globaler Sicherheit und der militärisch-zivilen Beziehungen vorzunehmen.

Welche Phänomene können dem modernen Typ von Militarisierung zugerechnet werden? Ist Militär ohne Krieg denkbar? Kann aus den regionalen Konflikten für den Umgang mit militärischen Machtmitteln weltweit gelernt werden? Welche Konzepte von Sicherheit und welche Instrumente hierfür streben wir an?

### **Was bedeutet Militarisierung heute?**

Militarisierung unter den Bedingungen asymmetrischer Machtverhältnisse in der Welt ist eine höchst uneinheitliche Tendenz und stellt sich als ein komplexes Geflecht außenpolitischer und innergesellschaftlicher Faktoren und Funktionen dar – bei Rebellenarmeen und nichtstaatlichen Gewaltakteuren ebenso wie bei den mächtigen Nationalstaaten. Es erscheint nur auf den ersten Blick paradox, dass wir ähnliche Phänomene dort vorfinden, wo der mächtigste Staat der Welt über ein mehr oder weniger ausgeprägtes Gewaltmonopol verfügt, sowie dort, wo nach dem Verfall des Staates das Gewaltmonopol zerrüttet ist oder niemals existiert hat. Den Prozessen der Militarisierung wohnen eigene Gesetzmäßigkeiten inne und widersprüchliche Entwicklungen finden parallel statt:

- *Militäreinsätze haben zunehmend diffuse politische Mandate.* Wir sehen einerseits eine wachsende Indienstnahme militärischer Machtmittel durch staatliche und nichtstaatliche Politikakteure und zugleich einen Rückzug der Politik angesichts einer zunehmenden “Privatisierung” sicherheitspolitischer Aufgaben durch Militärfirmen oder Söldner<sup>1</sup>; ein Agieren in den Grauzonen von Recht und Demokratie ist häufig die Folge. In regionalen Konflikten, bei denen die Regierungen auswärtige militärische Unterstützung im Kampf gegen Rebellen erhalten wie beispielsweise auf den Philippinen oder in Kolumbien werden aus US-Militärberatern unversehens Kombattanten.
- *Das Militär wird zum Magnet für Ressourcen.* Die Sicherung von Rohstoffen, anderen Finanzquellen und Märkten ist zugleich Objekt und Subjekt, Ziel und Mittel militärischer Aktivitäten. Dass so verbrauchte Ressourcen für andere lebenswichtige Zwecke verloren sind, ist nicht neu. Kriegsökonomien sind in vielen Konflikten allerdings zu einem sich selbst erhaltenden Zweck militärischer Gewaltanwendung geworden. Waffenbeschaffung, -handel und -einsatz sind Branchen desselben Geschäfts. Die staatlichen Militäraufwendungen haben sich in der Dekade nach dem Kalten Krieg grotesk auseinander entwickelt: Der Militärhaushalt der USA ist mit ca. 379 Mrd. Dollar für 2003 doppelt so hoch wie der aller NATO-Partner, Australien, Japan und Südkorea zusammengenommen; er ist 25mal so hoch wie der der sogenannten “Schurkenstaaten”<sup>2</sup> und hat den höchsten Jahresanstieg seit 1967 (Vietnamkrieg) zu verzeichnen. Die US-Teilstreitkräfte rüsten heute im Wesentlichen mit sich selbst um die Wette; ihre großen Waffenschmieden haben niemals zuvor mehr Einfluss auf eine Regierung gehabt.
- *Militärische “Kultur” durchdringt das zivile Leben.* Die wachsende Zahl von Kindersoldaten in den Gewaltkonflikten korreliert auffällig mit dem seit Beginn der Bush-Administration intensivierten *Junior Reserve Officer Training Corps* (JROTC), einem Programm der Militärerziehung an US *High Schools*.<sup>3</sup> Wird, was dort als gewaltsam erzwungenes Ende der Unschuld gelten muss, hier zum Konzept gesellschaftlicher Bildung erhoben? Militär fungiert vielerorts als soziale, identitätsstiftende Struktur und Kompensation der vielfältigen Mängel und Unsicherheiten des zivilen Lebens. Eine dauerhafte Etablierung paramilitärischer, krimineller oder terroristischer Gewaltkulturen kann die Folge sein, wie wir sie nach dem Ende von Bürgerkriegen, z.B. in Südafrika oder Nordirland, aber auch in vielen urbanen Zentren der westlichen Zivilisation erleben. In Palästina wächst bereits eine zweite Generation Jugendlicher gezeichnet von permanenter Gewaltausübung heran.

### **Militär als Symbol**

Nicht alle genannten Phänomene sind neu; mit der quantitativen Stärkung des militärischen Faktors scheint auch ein qualitativer Wandel einher zu gehen: Militärisches Handeln tritt häufiger als in der Vergangenheit an die Stelle von zivilem politischen Handeln. Politische Kommunikation findet über die Androhung oder den Einsatz militärischer Ge-

---

<sup>1</sup> Herbert Wulf: Privatisierung der Sicherheit. Ein innergesellschaftliches und zwischenstaatliches Problem, in: Vereinte Nationen 4/2002, S. 144 – 48.

<sup>2</sup> Die Zeit, 30.1.2003.

<sup>3</sup> Die Zeit, 9.1.2003, S. 9 ff; vgl. auch Peter D. Feaver/Richard H. Kohn (Hg.): *Soldiers and Civilians. The Civil-Military Gap and American National Security*, Cambridge/London 2001, S. 470f.

walt statt; der Umgang mit Waffen wird zum Symbol einer im zivilen Dialog nicht (mehr) vermittelbaren Botschaft. Hinter der Machtpose löst sich die Legitimität auf, macht einer Ideologisierung Platz. Diese Symbolik lebt von psychologischen Verstärkerfunktionen – Identitätsstiftung nach innen, Drohkulisse nach außen – und scheint mehr denn je für starke wie für schwache Akteure zu gelten. Die Terrorakte des 11. September waren ein solches Symbol; sie trafen u.a. deshalb so tief, weil sie ohne jedes traditionelle Militärgeschehen sondern durch die “Konversion” von Zivilflugzeugen in Brandbomben eine so ungläubliche Zerstörung anrichteten. Das klassische Gegenstück in Sachen Symbolik war weniger der Krieg in Afghanistan, sondern die von der Bush-Administration über mehr als ein Jahr öffentlich inszenierte Angriffsvorbereitung auf den Irak: der Aufmarsch der Armee des 21. Jahrhunderts.

Der Kampf zwischen israelischen Panzern und palästinensischen Selbstmordattentätern verweist ins Niemandsland einer schrecklich ungleichen militärischen Symbolik; die jeweiligen Waffen treffen ihre Ziele, aber die politischen Botschaften sind so nicht vermittelbar. In Nordirland wurde dagegen die verzögerte Abrüstung der Waffenarsenale der IRA zum Symbol politischer Anerkennung im Poker des Friedensprozesses: Auf diesem Ausweg aus der Ungleichheit konnten die Akteure schließlich den Nichteinsatz militärischer Mittel als Erfolg buchen. Von ganz anderer symbolischer Bedeutung ist der jüngste Poker Nordkoreas mit dem Einsatz von Atomwaffen: Der Zwerg versucht dem Riesen auf gleicher Augenhöhe, die nur durch die Art der Waffen symbolisiert wird, zu begegnen. Der Ausgang ist aus vielen Gründen offen (vgl. Beitrag 5.1.).

### **Die Sackgasse der Abschreckung**

Die Beispiele zeigen, wie unterschiedlich der Mechanismus militärischer Symbolik je nach politischer und gesellschaftlicher Kräftekonstellation und Art der vorhandenen militärischen Mittel wirkt. In diesem Kontext stellt die heutige Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen (MVW) in einer asymmetrischen Weltkonstellation vielleicht die größte Veränderung gegenüber dem Kalten Krieg dar. Hatte man gerade gelernt, dass in den “neuen Kriegen” die in großer Zahl verfügbaren und leicht einsetzbaren Kleinwaffen die heutigen Massenvernichtungswaffen seien, scheint diese Unterscheidung zwischen den Waffen des “kleinen Mannes” und denen der Großen bereits veraltet. Der Teufel einer allgemeineren ABC-Waffen-Bedrohung scheint aus der Flasche entwichen zu sein, könnte handhabbar werden für Terroristen und eine größere Zahl von Staaten. Es rächt sich, dass das Netz der Rüstungskontrolle, eins der wichtigsten positiven Erbstücke des Kalten Krieges, nicht dicht genug geknüpft bzw. sorglos durchlöchert wurde. Abschreckung wird infolgedessen heute von mehr Akteuren als Option gesehen und erhält ausgerechnet von den alten Atommächten neue Impulse: durch die *Nuclear Posture Review* und die “präemptiven” Konzepte in den USA (vgl. Beitrag 3.2.) oder die reflexhafte Stellungnahme Großbritanniens, im Falle einer “extremen nationalen Selbstverteidigung” den Einsatz von Atomwaffen nicht auszuschließen.<sup>4</sup> Die alte Logik der atomaren Abschreckung – schon im Kalten Krieg ein Tanz auf dem Vulkan – muss einer neuen Debatte über den Sinn der Abschreckung mit militärischen Mitteln Platz machen.

<sup>4</sup> BBC-Fernsehen, 3.2.2003 (Internet vom 3.2.2003).

## Was steht auf dem Spiel ?

Das Ursachenbündel, das die gegenwärtige Verunsicherung und Militarisierung der internationalen Politik hervorbringt, ist wie die Phänomene der Militarisierung selbst komplex und widersprüchlich. Im Hintergrund stehen die ökonomischen Verheißungen und Verwerfungen der Globalisierung mit der sich vertiefenden Nord-Süd-Kluft (vgl. Beitrag 1.3.), aber auch die der Globalisierung innewohnenden Trends zur internationalen Kommunikation und Vernetzung der Gesellschaftswelt. Es sind neue Konfliktpotentiale und Bedrohungen entstanden, denen die Sicherheitspolitik und das internationale Rechtssystem der Staaten und Völker nicht mehr zu genügen scheinen. Die großen machtpolitischen Asymmetrien, die die entscheidende Veränderung in den internationalen Beziehungen nach dem Kalten Krieg darstellen, haben eine Neuorientierung bisher verhindert, mit unabsehbaren Folgen für die globale Sicherheit des nächsten Jahrhunderts.

### Paradoxe Paradigmenwechsel

Die USA setzen, bestätigt durch den Einbruch des internationalen Terrorismus, auf einen "Paradigmenwechsel von der Sicherheit gewährleistenden kooperativen Rüstungskontrolle hin zur Beherrschung ermöglichenden Fähigkeit, ein gewünschtes Verhalten mit Gewalt zu erzwingen".<sup>5</sup> Der selektive Ausstieg der US-Regierung aus denjenigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen, die den eigenen strategischen Interessen zuwiderlaufen – zuletzt die Kündigung des ABM-Vertrages, um das eigene Raketenabwehrprogramm zu forcieren – und die Arbeit an neuen atomaren und vermutlich auch biologischen Waffen, lässt jedoch das vorgebliche Ziel, die Weiterverbreitung und den Einsatz von MVW verhindern zu wollen, zur Paradoxie verkommen. Terroristen brauchen keine "Schurkenstaaten", um sich mit ABC-Waffen einzudecken. "Counter-Proliferation" hat sich bisher als nicht sehr wirksam erwiesen und eine Rüstungsspirale neuer Art mit nicht-staatlichen Akteuren kann effektiv nur verhindert werden, wenn die im Besitz von MVW befindlichen Staaten und insbesondere die Demokratien mit neuen Impulsen für Abrüstung vorangehen und mit einer vernünftigen, globale Sicherheit reflektierenden Strategie die Stärkung bzw. Neufassung aller Kontrollregime für MVW betreiben. Militärisch ist dem Terror nach aller historischen und aktuellen Erfahrung ohnehin nur sehr begrenzt – und mit MVW schon gar nicht – beizukommen (vgl. Friedensgutachten 2002, Beitrag 3.1.).

### Asymmetrie mit Eigendynamik

Die machtpolitische Ausnutzung der Asymmetrie schadet nicht nur dem kontrollierten Umgang mit Rüstung. "Die militärische Stärke der Vereinigten Staaten hat in den USA die Neigung wachsen lassen, diese Stärke auch auszuspielen",<sup>6</sup> weist Robert Kagan, einer der Vertreter des *New American Century* Projektes, auf die (Eigen)Dynamik des militärischen Faktors hin. Welche weiterreichende Implikationen der macht- und militärpolitischen Asymmetrie sind erkennbar?

<sup>5</sup> Ernst-Otto Czempiel: Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen, München 2003, S. 166.

<sup>6</sup> Robert Kagan: Die Wege Europas und der USA trennen sich, Frankfurter Rundschau, 16.10.2002.

- An erster Stelle steht die Infragestellung der multilateralen Kooperation im Rahmen der UN und eine Brückierung der engsten Bündnispartner, deren ordnungspolitischen Langzeitfolgen noch nicht absehbar sind.
- Unterhalb dieser Ebene, aber eng damit verknüpft, liegen negative Folgen für die Demokratieentwicklung im internationalen Gefüge sowie im Inneren der Gesellschaften: Der große Chor kritischer Stimmen gegen eine militärgestützte Hegemonialpolitik der USA wurde der US-Administration zur *quantité négligeable*, internationales Recht steht zur Disposition; die Neueinrichtung des materiell gut ausgestatteten Heimatschutzministeriums in den USA mit einem *Total Information Awareness Program* eröffnet mit weitreichenden Einschränkungen der Bürgerrechte eine Art zweite Front innerhalb der US-Gesellschaft.
- Die Ressourcen( fehl)steuerung, die durch die immensen Kosten dieser Militarisierung verursacht wird, wirkte in Verbindung mit einer akuten Kriegsvorbereitung über die Grenzen der USA hinaus vertiefend für die globalen ökonomischen Krisenprozesse.
- Die psychologischen Effekte der Militarisierung, die gegenüber der Realität der Verwundbarkeit eine Illusion der Sicherheit nähren, funktionieren auf der Basis diffuser, innerhalb der US-Gesellschaft verbreiteter Ängste, wie sie u.a. in Michael Moores Film *Bowling for Columbine* treffend dokumentiert wurden. Nach außen, wo durch die Drohkulisse der Supermacht neue Ängste entstehen, bedeuten sie eine immense Verschärfung der Spannungen zwischen den Kulturen, gegenwärtig vor allem gegenüber der arabisch-islamischen Welt.

### **Gegen das “Unbekannte”? Von der Verteidigung zum Angriff**

Donald Rumsfeld hat die Herausforderung der USA als “Verteidigung gegen das Unbekannte, Unsichere, Unsichtbare und Unerwartete” beschrieben, wofür unter Berufung auf – und Umkehrung von – Clausewitz der Einsatz aller auch nichtmilitärischer Mittel für die Kriegsführung vorgesehen wird.<sup>7</sup> Diese irrationalen Elemente der sicherheitspolitischen Doktrin der USA haben gefährliche Folgen für die konkrete Ausgestaltung der Militärstrategie und den Einsatz von Kampfmitteln. Die Bezugnahme auf das Unbekannte der Bedrohung verweigert sich einer nüchternen Ursachenanalyse; dies korrespondiert mit einem totalitären Zugriff auf militärische und zivile Instrumente zur militärischen Bekämpfung des imaginären Bösen. Realistischere amerikanische Politikberater räumen zwar zivilen Politikstrategien einen größeren Stellenwert ein und konzedieren, dass sich militärische Strategien immer nur gegen Symptome nie jedoch gegen die Ursachen der Probleme richten und isoliert betrieben “sogar kontraproduktiv wirken” könnten.<sup>8</sup> Zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Militär und Diplomatie beispielsweise kommen sie dennoch nicht.

Szenarien, in denen klare Bedrohungsanalysen fehlen, der Angriff zur Verteidigung undefiniert wird und damit Kriegsoptionen zur Hauptratio des Militärs gemacht werden, verlassen den alten sicherheitspolitischen Konsens der transatlantischen Gemeinschaft. Die strikte Unterscheidung zwischen Angriff und Verteidigung – politisch, ethisch

<sup>7</sup> Donald H. Rumsfeld: Transforming the Military, in: Foreign Affairs May/June 2002, S. 21 u. 30f.

<sup>8</sup> Ronald D. Asmus/Kenneth M. Pollack: Transformation des Mittleren Ostens. Das neue transatlantische Projekt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2002, S. 1460.

und waffentechnologisch – war eine zivilisatorische Errungenschaft der modernen Staatenwelt. “Verteidigung und Angriff sind absolute Gegensätze. Nicht zufällig sind militärische Angriffe nach unserem Grundgesetz auch verfassungswidrig und sogar unter Strafe gestellt. Das Gegensatzpaar Angriff und Verteidigung nicht nur semantisch, sondern auch strategisch-konzeptionell aufzuheben, dreht das zivilisatorische Rad, das wir in den vergangenen Jahrzehnten so mühsam nach vorne bewegt haben, mit einem Schlag um Epochen zurück.”<sup>9</sup>

Die Reform der europäischen Streitkräfte im Rahmen der NATO (vgl. Beiträge 3.1. und 3.3.) in den 1990er Jahren konnte bereits als ein von der Öffentlichkeit wenig wahrgenommener struktureller Reflex auf dieses Drehen am zivilisatorischen Rad gesehen werden. Ein fast geräuschloser Übergang von den Aufgaben der Landesverteidigung zur Krisenreaktions- bzw. Interventionsfähigkeit war in Einklang zu bringen mit den pragmatischen Erfordernissen sparsamer Haushaltsführung. Zu kleinräumig das Vorhaben, um daran strategische Debatten über *peace keeping* im 21. Jahrhundert zu führen? Zu bescheiden die Ressourcen der Deutschen – und auch der anderen Europäer –, um ernsthaft mit gleicher Elfe wie die USA zu messen und gemessen zu werden. Aus einer vor allem fiskalischen Differenz ist nun eine überraschend große strategische Diskrepanz erwachsen.

#### **Das schlechte Beispiel: Enttabuierung macht Schule**

Die Gefahr, dass einzelne Staaten, Staatengruppen oder gar nichtstaatliche Akteure es hinsichtlich ihrer militärischen Stärke, des Umfangs und der Struktur ihrer Streitkräfte und Rüstungen, den USA gleich tun könnten, ist gegenwärtig und auf absehbare Zeit auszuschließen. Anders sieht es dagegen für einen ungenierteren Umgang mit vorhandenen militärischen Machtmitteln aus. Schwache fühlen sich ermuntert, den Stachel gegen die Großmacht oder regionale Gegner zu löcken, um Aufmerksamkeit für ihre Probleme zu erpressen. Nordkorea ist ein Beispiel. Regionale Mächte wie Russland fühlen sich wie im Tschetschenienkrieg oder bei bewaffneten Eingriffen in Georgien (vgl. Beitrag 2.5.) zu kompromissloser militärischer Härte ermutigt. Im Nah-Ost-Konflikt stärkte das Banner des Kampfes gegen den Terrorismus und die Kriegsdrohung gegen den Irak dem harten Kurs der israelischen Führung den Rücken und erschwerte jede politische Konfliktlösung (vgl. Beitrag 2.3.). “Zivile Konfliktbearbeitung im Schatten des Terrors”<sup>10</sup> wird durch eine Hegemonialmacht, die Kriegsführung und militärische Intervention zur Maxime ihrer Außenpolitik macht, nicht eben erleichtert. Stigmatisierung von Rebellengruppen und durch amerikanische Eigeninteressen begründete Militärhilfen für schwache Regierungen führen, von Ausnahmen abgesehen, eher zu einer gewaltförmigen Verwischung oder Verschiebung der inneren Konfliktformation als zur Vermittlung und Suche nach gewaltfreiem Konfliktaustrag. Die Vision eines Velfrontenkrieges der USA mit wechselnden willigen Verbündeten gegen verschiedene Gruppen von Rebellen und unliebsamen Staaten stimmt nicht gerade optimistisch.

---

<sup>9</sup> Dieter S. Lutz, zitiert in: IFSH Aktuell 51, Januar 2003.

<sup>10</sup> Titel einer Tagung an der Evangelischen Akademie Loccum im September 2002, vgl. Loccumer Protokolle 58/02, Rehburg-Loccum 2003.



## **Der Ungleichheit den Schrecken nehmen – Welche Sicherheit brauchen wir?**

Die neue Konstellation der Asymmetrien mit absoluter Vormachtstellung der USA hat die Welt nicht sicherer gemacht. Wir werden es absehbar – und in einem ungleichen Nebeneinander von Staaten- und Gesellschaftswelt – mit gewaltförmigen Konflikten und militärischer Machtausübung zu tun haben. Deshalb muss es darum gehen, deren negative Auswirkungen und Folgen zu minimieren, Gewalt zu begrenzen und den militärischen Faktor in der Politik zu zähmen. Dazu scheinen angesichts der Tiefe der Differenzen, die sich anhand der Irakdebatte aufgetan hat, prinzipielle wie pragmatische Überlegungen angebracht, die über eine moralische Empörung angesichts amerikanischer imperialer Gesten hinausgehen müssen.

### **Sicherheit nur human und gemeinsam**

Zu umstandslos wurden die negativen Erbstücke des Kalten Krieges wie unerledigte Abrüstung und militärische Vernichtungsdrohung übernommen, während die positiven Er rungenschaften verabschiedet wurden: die Kontrolle der Militärpotentiale durch Verträge und eine in Europa stärker als in den USA beheimatete Konzeption der "gemeinsamen Sicherheit". Soll eine auf der Anerkennung gegenseitiger – und heute mehr denn je global zu definierender – Interessen beruhende Politik des Dialoges und der Kooperation, wie sie im Helsinki-Prozess entwickelt wurde, nur ein Modell für den symmetrischen, aber hoch gerüsteten Ost-West-Konflikt gewesen sein? Um Adaption bemüht sich gegenwärtig z.B. Seoul beim Ringen um Entspannung in der asiatischen Konfliktregion. Auch unter den Bedingungen der Existenz transnational operierender terroristischer Netzwerke gilt, dass die eigentlichen Unsicherheitsfaktoren und Bedrohungen für Millionen Menschen in weltweiter Armut, Ressourcenknappheit, Handelsbeschränkungen und Umweltzerstörung liegen (vgl. Beiträge 1.1., 1.3. und 6.2.). Rüstungen und militärisch geprägte Politik sind hierfür nicht nur keine Lösung, sondern in eklatanter Weise kontraproduktiv. Überfällig erscheint ein neuer Impuls für die Zivilisierung der Sicherheitsdebatte. Die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs, wie sie zu Beginn der neunziger Jahre diskutiert und unterschiedlich interpretiert wurde, muss von ihren Entgrenzungen in Richtung Militär bereinigt werden. Überlegungen, das Konzept von *Human Security* zu professionalisieren<sup>11</sup> und Entwicklungspolitik und die Reform des Sicherheitssektors stärker zu verbinden,<sup>12</sup> gehen in die richtige Richtung und müssen in den Gremien und Unterorganisationen der UN fest verankert werden.

### **Aus den Konflikten lernen – Asymmetrien reduzieren**

Es ist nicht einzusehen, dass für den künftigen Umgang mit militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen nicht auch aus der Deeskalation bzw. Beilegung von Gewaltkonflikten niedriger Intensität in innergesellschaftlichen Beziehungen zu lernen wäre. Zwar sollten die großen Unterschiede zwischen den gegenwärtigen Gewaltkonflikten in vielen Weltregionen hinsichtlich ihrer historischen, sozialen und politischen Genese keinesfalls unterschätzt werden. Dennoch verfügen wir inzwischen insbesondere hinsichtlich

<sup>11</sup> Andrew Mack: The Human Security Report Project, 2002 ([www.humansecurity-chs.org](http://www.humansecurity-chs.org)).

<sup>12</sup> Bonn International Center for Conversion (BICC): Conversion Survey 2003, Baden-Baden 2003.

der Zähmung des militärischen Faktors – was nicht immer vollständige Abrüstung bedeuten muss – über eine Reihe verallgemeinerbarer Lehren. Dazu gehören u.a.:

- eine Einbeziehung auch radikaler Konfliktparteien in einen Dialog, um Voraussetzungen für Gewaltverzicht ernsthaft auszuloten;
- der hohe Stellenwert von vertrauensbildenden Maßnahmen und Kreativität für konkrete Zwischenschritte bei der Abrüstung: Entwaffnung beginnt in den Köpfen;
- eine enge Zusammenarbeit mit dem regionalen, staatlichen und nichtstaatlichen Umfeld des Konfliktes zur Berücksichtigung von Nachbarinteressen;
- die Einbeziehung der Zivilgesellschaft;
- eine Unterstützung durch integre, internationale Vermittler.<sup>13</sup>

Wenn die historische Erfahrung stimmt, dass unter asymmetrischen Verhältnissen militärische Gewalt schwieriger zu bändigen ist und dass bei der Herausbildung der Symmetrien in der klassischen Staatenwelt die Prinzipien von Souveränität und Gleichstellung eine zentrale Rolle spielten, könnte heute das Prinzip der politischen Anerkennung auch nichtstaatlicher Konfliktparteien einen Beitrag zur Relativierung asymmetrischer Strukturen und machtpolitischer Ungleichgewichte leisten – eine wichtige Voraussetzung für spätere Entmilitarisierung.

### **Abrüstung nicht durch militärische Intervention**

Die gegenseitige Vernichtungsdrohung des Kalten Krieges galt als ein Garant für den Nichtausbruch des Krieges. Da dies nur in relativ machtsymmetrischen Verhältnissen zu funktionieren schien, müssen sich die stärkeren Mächte heute andere Mittel der Friedenserhaltung und notfalls -erzwingung einfallen lassen. Nach den 1990er Jahren, vor allem den Erfahrungen auf dem Balkan, ist deutlicher geworden: Nichtkrieg lässt sich unter besonderen Umständen mit militärischen Mitteln herstellen, eine demokratische Friedensordnung nicht. Die wechselnden Begründungen der US-Führung für einen Krieg gegen den Irak, die von Entwaffnung über Regimewechsel zur demokratischen Neuordnung des Mittleren Ostens reichten, haben eine Neubestimmung der Legitimität von Militärinterventionen unter der Fragestellung, was im humanitären Interesse und einer globalen Rechtsordnung vertretbar ist, unabwendbar dringlich gemacht (vgl. Beitrag 7.4.). Die der Asymmetrie entsprungene Arbeitsteilung zwischen einer Militärmacht USA, die für Kriegsführung zuständig ist, und einer Zivilmacht Europa, die für Wiederherstellung von Staatlichkeit und Regeneration sorgt, ist fragwürdiger geworden und birgt offenbar mehr Antinomien, als einer kooperativen Weltordnung gut tut.

Die Frage der Entwaffnung des Irak hat, nicht zuletzt, weil eine militärische Drohkulisse in den UN mehrheitlich zwar als sinnvoll, ein Krieg jedoch als kontraproduktiv bewertet wurde, die Relevanz nichtmilitärischer Mittel der Erzwingung deutlich unterstrichen: Kontrolle und Beschränkungen von Waffenlieferungen weit im Vorfeld von Konflikten, „gezielte Sanktionen“ (vgl. Beitrag 7.1.), Waffeninspektionen mit klaren Auflagen und Zeitplänen, kreative Kontroll- und Verifikationsmechanismen und zivile Anreize für Entwaffnung werden von der EU jenseits ihrer Differenzen als effizienter und humaner eingeschätzt als der Einsatz von militärischer Gewalt. Entwaffnungen können, das zeigen Beispiele wie Südafrika, wo es mit Unterstützung der Regierung mehr als drei Jahre dau-

---

<sup>13</sup> Mo Mowlam: *Momentum. The Struggle for Peace, Politics and People*, London 2002, S. 304ff.

erte, aus technischen und aus politisch-psychologischen Gründen langwierige Prozesse sein. Entwaffnung durch Waffengewalt ist nicht nur semantisch ein fragwürdiger Vorgang; er muss, auch um aus einer konfrontativen Ausgangssituation herauszukommen, Elemente von Freiwilligkeit ermöglichen. Entmilitarisierung ist keine Einbahnstraße, sondern muss schließlich alle in einem bewaffneten Konflikt beteiligten, staatlichen und nicht-staatlichen Akteure einbeziehen. "Abrüstung ist durch Vertrag, nicht durch militärische Intervention zu sichern."<sup>14</sup>

### **Militär raus aus der Politik – Politik raus aus dem Militär?**

Um den militärischen Faktor in der Politik zu zähmen, bleiben internationale und regionale Abkommen zur Kontrolle und Abrüstung der vorhandenen Waffenarsenale sowie die Einhaltung bzw. Verschärfung gültiger Rüstungsexportrichtlinien entscheidende Instrumente, um der Weiterverbreitung von MVW und konventioneller Waffen aller Art Einhalt zu gebieten. Einige Konfliktregionen, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen, haben begonnen, mehr Verantwortung zu übernehmen, z.B. mit afrikanischen Initiativen im Rahmen der ECOWAS zur Kontrolle von Kleinwaffen oder im sog. *Kimberley Prozess*, einem Regime zur Kontrolle der konfliktrelevanten Ressource Diamanten. Die EU muss hier eine stärker gestaltende Rolle übernehmen.

Um negative, macht- und interessengesteuerte Einflüsse der Politik auf das Militär oder paramilitärische Akteure zu reduzieren, bedarf es andererseits gesellschaftlich getragener Prozesse zur Reform der Streitkräfte. Prinzipien wie Berechenbarkeit und demokratische Kontrolle des Sicherheitssektors, eine klare, rechtliche und institutionelle Trennung von militärischen und zivilen, einschließlich polizeilichen Aufgaben ist nicht nur ein Erfordernis in schwachen Staaten, bei Nationsbildungsvorhaben wie in Afghanistan (vgl. Beitrag 2.4.) oder anderen Transformationsprozessen. Das Verständnis von Militär(macht) und von den zivil-militärischen Beziehungen ist auch in und zwischen den westlichen Demokratien historisch bedingt sehr unterschiedlich und widersprüchlich. Diese Unterschiede sind mitverantwortlich für die gegenwärtigen politischen Diskurse in den USA und Europa sowie im transatlantischen Verhältnis. Sie spiegeln sich in der Problematik, innerhalb der EU zu einer gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Konzeption zu gelangen (vgl. Beitrag 3.3.). Während die gegenwärtige US-Administration – auch gegen realistische Warnungen aus der eigenen Armeeführung – einen Kurs der politischen Überfrachtung und Ideologisierung des Militärs mit vor allem offensiven Komponenten verfolgt, haben in Europa – in unterschiedlicher Ausprägung – eher zivile Auffassungen Gewicht erhalten, die an polizeilichem Handeln orientierte Strukturen befürworten. Ein neuer Dialog und Wettbewerb um Sicherheitsstrukturen, die den heutigen Bedrohungen angemessen sind, erscheinen unaufschiebbar, wenn die *Ratio* den Vorrang vor der *Ultima Ratio* behalten soll.

### **Corinna Hauswedell**

---

<sup>14</sup> Paul Kirchhof: Souveränität und Einordnung, FAZ, 16.4.2003.